

Notizen

Bei einer Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, bei der der Mainzer Moraltheologe *Johannes Reiter* das Kommissariat der deutschen Bischöfe vertrat, wurde von katholischer Seite deutlich Kritik an der *Neufassung des § 168 StGB* (Störung der Totenruhe) geübt. Sinn der vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderung ist es, den Schutz der toten Leibesfrucht in den Leichenschutz einzubeziehen. Der Vorwurf von der katholischen Seite lautet: die Neufassung des Gesetzes gehe am Kern des Problems vorbei, weil der Handel und das Experimentieren mit Embryonen im Rahmen der Retortenbefruchtung ausgeklammert werde und weil die Gesetzesvorlage den eigentlichen Handel mit menschlichen Föten und Embryonen gar nicht erfasse.

In einem Interview mit den „Evangelischen Kommentaren“ meinte der neue EKD-Ratsvorsitzende, Bischof *Martin Kruse*, ihn besorge, wie stark die Kirche noch immer ein Versorgungsinstitut sei, in dem eine Mentalität herrsche, die sich auf den Bestand, die Kirchensteuer, den Pfarrer verlasse: „Ich möchte eine freundliche, menschenzugewandte, missionarische, hilfreiche Kirche, die Menschen gewinnt.“ Viele Menschen befänden sich nicht fern vom Evangelium, sondern in einem ungeklärten Erwartungszustand: „Wir müssen ungenierter den Versuch machen, herauszugehen, das zu sehen und zu hören, was tatsächlich in Bewegung ist; dann können wir es auch mitgestalten.“

Zu einer Auseinandersetzung um die Arbeit des kirchlichen Hilfswerks „*Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement*“ (CCFD) ist es in Frankreich gekommen. Ausgelöst wurde sie durch die geplante Unterstützung einer nationalistisch orientierten Zeitung im französischen Übersee-Territorium Neukaledonien. Die Arbeit des CCFD ist seit langem Zielscheibe der Kritik rechter und extrem rechter Kreise Frankreichs wegen der vermeintlichen Sympathie des CCFD für den Marxismus. Der Ständige Rat der französischen Bischofskonferenz kündigte im Dezember eine Überprüfung der Verbindungen des CCFD mit kirchlichen Stellen der Empfängerländer wie auch Frankreichs an. Im übrigen sprechen die Bischöfe dem CCFD ihr Vertrauen aus, räumen aber ein, daß einige Aspekte seiner Arbeit Anlaß zur Besorgnis gäben.

In Ungarn scheint sich die Frage der *Militärdienstverweigerung*, die u. a. im Zusammenhang mit bestimmten Basisgemeinden auch innerkirchlich eine Rolle spielt, zuzuspitzen. Anfang Januar haben 24 katholische Geistliche in einem gemeinsamen Schreiben an das Verteidigungsministe-

rium erklärt, daß sie künftig jede Form des Waffendienstes verweigern würden. Im gleichen Schreiben bekunden die Geistlichen ihre Solidarität mit allen, die den Militärdienst von Anfang an verweigern. (Die Unterzeichner des Schreibens selbst haben den Militärdienst durchwegs bereits abgeleistet, ihre jetzige Weigerung bezieht sich auf die eventuelle Einberufung zu Reservierungen und auf die Einberufung im Kriegsfall.)

Der (katholische) Seelsorger am Dom von Oradea Mare (Großwardein) *János Csilik* wurde von den rumänischen staatlichen Behörden zur Aufgabe seines Seelsorgspostens gezwungen. Vorausgegangen waren mehrere Verhöre durch die Geheimpolizei, in deren Verlauf der Geistliche zu Spitzeldiensten gedrängt wurde; als dieser ablehnte, soll er schwer mißhandelt worden sein. Maßgebend für das Vorgehen der Behörden sollen Kontakte des Geistlichen zu den Familienangehörigen des siebenbürgischen Philosophen *Attila Ara Covács* gewesen sein, der sich in Rumänien nachdrücklich für die ungarische Minderheit eingesetzt und in Samisdat-Schriften sich auch marxismuskritisch geäußert hatte und seit 1983 in Ungarn lebt.

Einen Appell an die griechisch-orthodoxen Christen in der Türkei, trotz aller Schwierigkeiten ihre Heimat nicht zu verlassen, hat der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, *Dimitrios I.*, gerichtet. Wenn es nicht gelinge, die ständige Abwanderung griechisch-orthodoxer Christen aus der Türkei zu stoppen, sei der Fortbestand des Ökumenischen Patriarchats gefährdet.

Die zwei Jahre dauernde vatikanische Untersuchung gegen den Erzbischof von Seattle, *Raymund Hunthausen*, ist eingestellt worden. Hunthausen war weltweit vor allem wegen seiner Haltung in der Friedensdiskussion bekanntgeworden. So hatte er sich wegen der nuklearen Aufrüstung der USA einem Steuerboykott angeschlossen. Aus konservativen Kreisen der US-amerikanischen Kirche war Hunthausen damals heftig kritisiert worden. In einem Brief des Apostolischen Pronuntius in den USA, Erzbischof *Pio Laghi*, wird die Arbeit von Hunthausen einerseits deutlich gelobt, andererseits enthält der Brief eine Liste von fünf Punkten, in denen „Besorgnisse“ über seine Arbeit genannt werden. U. a. wird der Erzbischof zu „größerer Wachsamkeit in der Beachtung der kirchlichen Lehre“ aufgefordert, insbesondere in bezug auf Fragen wie Sterilisation und Homosexualität. Im September 1983 hatte Hunthausen einer Gruppe, die sich für eine veränderte Haltung der Kirche den Homosexuellen gegenüber einsetzt,

erlaubt, in der Kathedrale seiner Diözese Seattle einen Gottesdienst zu feiern. Scharf kritisiert werden in dem Brief die Kampagne extremer Gruppen gegen Hunthausen. Am 6. Januar erhielt der US-Amerikaner *Donald Wuerl* die Bischofsweihe durch Johannes Paul II. in Rom. Er wurde zum Weihbischof in Seattle ernannt.

Zur aktiven Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen am 7. Februar haben die *philippinischen Bischöfe* aufgerufen. Alle Bürger hätten die Pflicht, so die Bischöfe in einem Hirtenwort, dazu beizutragen, „daß die Wahlen ehrlich und friedlich verlaufen und daß das Ergebnis tatsächlich den Willen des Volkes ausdrückt“. Die Geschichte des Landes habe gelehrt, daß ein fairer Ablauf der Wahlen auf den Philippinen nicht selbstverständlich sei. In den vergangenen Jahren seien sie von Gewalt und Unehrllichkeit geprägt gewesen. Der Hirtenbrief schließt mit dem Aufruf: „Laßt uns durch unsere Wachsamkeit und unser christliches Engagement bei den Präsidentschaftswahlen beweisen, daß es einen gewaltfreien Weg gibt, die Struktur der Gesellschaft zu ändern.“

Kurz vor Weihnachten wurde in *Ghana* die als regierungskritisch geltende katholische Wochenzeitung „*The Standard*“ verboten. In einer offiziellen Begründung der Regierung teilte das Informationsministerium mit, in einer Zeit, wo alle Anstrengungen auf Einigkeit und nationale Wiedergesundung zu richten seien, habe sich das Wochenblatt höchst unpatriotisch verhalten und den Kurs der Regierung unterminiert.

In Nicaragua hat die sandinistische Regierung am Neujahrstag den Sender der katholischen Kirche „*Radio Católica*“ auf unbestimmte Zeit geschlossen, weil der Sender die Neujahrsansprache von Präsident *Daniel Ortega* nicht und statt dessen das Rosenkranzgebet übertragen hatte. Dies verstoße gegen das Informationsgesetz, nachdem es Pflicht ist, alle Regierungsverlautbarungen zu verbreiten, erklärte das Innenministerium. Die katholischen Bischöfe Nicaraguas forderten daraufhin die baldige Aufhebung der Sanktion. Durch die Schließung der Rundfunkstation werde nicht nur der Kirche ihr einziges Kommunikationsmittel entzogen, diese Entscheidung „beraubt auch das nicaraguanische Volk, in der Mehrheit Katholiken, seines Rechts, über das religiöse Leben informiert zu werden“, heißt es in einem Schreiben an die Regierung.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 1985 und ein Prospekt des Verlages Katholisches Bibelwerk, Stuttgart, bei.